

Gute Kommunalpolitik ...

**Ein gewerkschaftlicher Kompass für
lebenswerte Städte und Gemeinden
in Hessen**

Inhaltsverzeichnis

- 05 Vorwort
- 06 Kommunalfinanzen ...
Strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beseitigen!
- 07 Gute Kommunalpolitik ...
investiert in die Gegenwart und die Zukunft!
- 08 Gute Kommunalpolitik ...
garantiert gute Bildung!
- 09 Gute Kommunalpolitik ...
sichert die öffentliche Daseinsvorsorge!
- 10 Gute Kommunalpolitik ...
garantiert gute regionale Gesundheitsversorgung!
- 11 Gute Kommunalpolitik ...
sichert Gute Arbeit und stärkt die Tarifbindung!
- 14 Gute Kommunalpolitik ...
braucht starke Gleichstellung!
- 15 Gute Kommunalpolitik ...
ermöglicht Mobilität – sozial und ökologisch!
- 16 Gute Kommunalpolitik ...
bietet Langzeitarbeitslosen Chancen!
- 18 Gute Kommunalpolitik ...
fördert eine nachhaltige Wirtschaft!
- 19 Gute Kommunalpolitik ...
schafft bezahlbaren Wohnraum!
- 20 Gute Kommunalpolitik ...
heißt Menschen aus aller Welt willkommen!
- 21 Gute Kommunalpolitik ...
verankert Mitbestimmung und Demokratie vor Ort!

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wahlen in den Kommunen sind das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft, da sie die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensumgebung – ganz konkret vor Ort - ermöglichen.

Kommunalwahlen sind mehr als nur ein politisches Ereignis – sie ist eine Gelegenheit für uns alle, die Zukunft unserer Städte, Gemeinden und Landkreise aktiv mitzugestalten. Hier vor Ort werden die Entscheidungen getroffen, die direkten Einfluss auf unser tägliches Leben haben. Es geht um die Aufgaben der Daseinsvorsorge, die Entwicklung der Infrastruktur, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, sozialen Dienste, Wohnen, öffentlicher Personennahverkehr, Umweltschutz und vieles mehr.

Kommunen müssen attraktive und sozial gerechte Orte zum Wohnen, Leben und Arbeiten sein. Gute Arbeit und eine soziale Gesellschaft sind dabei wesentliche Ziele. Deshalb haben wir uns mit den Herausforderungen an die kommunale Selbstverwaltung und der Daseinsvorsorge auseinandergesetzt, nachhaltige Vorschläge sowie Lösungen erarbeitet und bringen diese in die kommunalpolitischen Debatten ein.

Wir rufen gemeinsam zu einer breiten Wahlbeteiligung auf. Geht wählen! Nutzt Euer demokratisches Recht, denn jede Stimme zählt und trägt dazu bei, die Weichen für lebenswerte Städte und Gemeinden in Hessen zu stellen.

Hier stellen wir unsere Vorschläge für gute Kommunalpolitik vor. Wir haben einen sozialen und gewerkschaftlichen Kompass entwickelt, für eine soziale, gerechte, starke und lebendige Gemeinschaft.



Michael Rudolph

Vorsitzender DGB Hessen-Thüringen



Renate Sternatz

Stellvertretende Vorsitzende DGB Hessen-Thüringen

Kommunal- finanzen ... Strukturelle Un- terfinanzierung der Kommunen beseitigen!

Die Kommunen in Deutschland haben das Jahr 2024 mit großen Defiziten abgeschlossen. In Hessen hat sich das Defizit gegenüber dem Vorjahr auf über 2,5 Milliarden Euro vervierfacht. Und Besserung ist nicht in Sicht.

Gemeinden, Städte und Landkreise leiden darunter, dass sie strukturell unterfinanziert sind. Ihnen sind in der Vergangenheit vom Bund und vom Land Aufgaben übertragen worden, ohne dass sie für die Erfüllung dieser Aufgaben die erforderlichen Einnahmen erhalten hätten. Gekürzt haben die Kommunen deshalb bei ihren Investitionen, also bei ihren Ausgaben für Schulen, Straßen usw. Infolgedessen besteht mittlerweile ein Investitionsrückstand im Bereich der kommunalen Infrastruktur in Höhe von 186 Milliarden Euro.

Neben der strukturellen Unterfinanzierung belastet aktuell die Konjunkturerwicklung die kommunalen Finanzen. Bei den Kommunen sind aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung die Steuereinnahmen eingebrochen. Hinzu kommt, dass das Land Hessen seine finanziellen Zuweisungen an die Kommunen kürzt, weil es auf diese Weise die eigenen Haushaltslöcher stopfen will.

Da Ausgabeneinschränkungen kurzfristig in der Regel nur bei den investiven Ausgaben möglich sind, ist wieder einmal mit einem Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Dies aber wäre angesichts des schon bestehenden hohen Investitionsrückstands und aufgrund von erforderlichen Zukunftsinvestitionen – etwa in den Bereichen von Verkehr und Klimaschutz – fatal. Unter diesen Bedingungen wird es auch mit den Mitteln aus dem Sondervermögen höchstens gelingen, dass der Investitionsstau bei den Kommunen in Hessen nicht noch größer wird.

Mehr Geld könnte dem Land Hessen und dadurch auch den Kommunen zufließen, wenn die seit Ende der 1990er Jahre ausgesetzte Vermögenssteuer wieder erhoben würde. Zudem sollten Unternehmenserbschaften, die gegenwärtig kaum steuerlich belastet werden, wieder so wie andere Erbschaften besteuert werden. Das Aufkommen aus der Vermögenssteuer und einer höheren Steuer auf Unternehmenserbschaften würde in voller Höhe den Bundesländern zufließen. Hieran könnte das Land Hessen seine Kommunen beteiligen.

Auch die Gewerbesteuer als wichtigste Gemeindesteuer muss gestärkt werden. Sie sollte zu einer umfassenden Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden, die alle Gewerbebetriebe, Selbständige und Freiberufler*innen einbezieht.

Ohne eine Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung werden Gemeinden, Städte und Landkreise nicht aus ihrer dramatischen Finanzlage herauskommen.

Konkret: Was ist zu tun?

- Die Gewerbesteuer sollte zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden, die alle Gewerbebetriebe, Selbständige und Freiberufler*innen einbezieht.
- Die Kommunen müssen durch einen höheren Steueranteil an den Gemeinschaftssteuern zusätzliche finanzielle Mittel erhalten.
- Das Land Hessen darf seinen Haushalt nicht auf Kosten der kommunalen Haushalte sanieren. Zugesagte Zuweisungen des Landes dürfen nicht gekürzt werden.
- Bund und Land Hessen müssen für Aufgaben und damit verbundene Ausgaben, die sie den Kommunen zuweisen, auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen.
- Das Land Hessen sollte den bestehenden Spielraum der Schuldenbremse nutzen und gezielte Investitionsprogramme für die Kommunen auflegen. Dies kann über die landeseigene WI Bank erfolgen, indem Kredite an die Kommunen vergeben werden, die das Land Hessen tilgt.



Gute Kommunalpolitik ... investiert in die Gegenwart und die Zukunft!

Lebensqualität zeigt sich vor Ort – da wo man (zusammen) lebt. Kultur, Bildung, Sport, sozialer Zusammenhalt und Sicherheit, Freizeit und Ehrenamt brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur, um sich zu entwickeln. Das betrifft Schulen und Kindertageseinrichtungen, Straßen und Schienen, Plätze und Parks, Gemeinde- und Vereinshäuser, Sport- und Schwimmhallen.

Zwei Drittel der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen werden durch die kommunale Ebene getätigt. Damit sind kommunale Investitionen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Kommunen zu wenig investiert, wodurch sich ein erheblicher Investitionsstau herausgebildet hat: baufällige Brücken, schlechte Straßen und marode Schulgebäude sind die Folge von zu geringen Ausgaben der Gemeinden, Städte und Landkreise im Bereich der Investitionen und der Instandhaltung.

Dabei zahlen sich öffentliche Investitionen aus. Die Nachfrage wird gesteigert und eine modernisierte Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für eine gute Lebensqualität vor Ort. Eine gute Infrastruktur ist auch die Grundlage dafür, dass sich Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze entstehen.

Um die kommunalen Investitionen zu erhöhen, brauchen die Kommunen ausreichende finanzielle Mittel. In der Vergangenheit wurden ihnen vom Land und vom Bund immer wieder zusätzliche Aufgaben zugewiesen, ohne für eine angemessene Finanzierung zu sorgen. Dies ging insbesondere zu Lasten der Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

Konkret: Was ist zu tun?

- Vor Ort muss der Investitionsstau im Bereich der kommunalen Infrastruktur ermittelt werden. Auf dieser Basis können dann Investitionen vorangetrieben werden. Wir brauchen eine kommunale Investitions-offensive, hier sind Land und Bund gefordert!
- Erhöhte Mittel müssen zügig und zielgerichtet eingesetzt werden können. Dafür müssen die Kommunen wieder das nötige Fachpersonal in den Bau- und Planungsämtern, den Vergabestellen sowie den Bauhöfen einstellen.
- Eine gute Infrastruktur in den Gemeinden und Städten ist eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Dazu gehören auch städtebauliche Maßnahmen gegen Angsträume und für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, senioren- und familiengerecht sowie barrierefrei für Menschen mit Beeinträchtigungen.



Gute Kommunalpolitik ... garantiert gute Bildung!

Kommunen spielen eine entscheidende Rolle für die frühkindliche, schulische und berufliche Bildung. Sie müssen sicherstellen, dass Familien die bestmögliche Ausstattung für ihre Kinder erhalten, um ihnen einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Kinderbetreuung: Kitas sollen nicht nur Aufbewahrungsstätten sein, sondern vor allem die Sozialisierung und die Fähigkeiten der Kinder fördern, um sie auf die Schule vorzubereiten. Um dies zu gewährleisten, sind qualifizierte Fachkräfte und ein Betreuungsschlüssel notwendig, der den individuellen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird und gleichzeitig die Erzieher entlastet.

Digitales Lernen: Um das schulische Lernen weiterzuentwickeln, brauchen sowohl Schüler als auch Lehrer eine einheitliche Digitalisierungsstrategie. Die Schulträger müssen die nötige Infrastruktur bereitstellen, zu der nicht nur Endgeräte gehören, sondern auch der Ausbau des Breitbandnetzes, flächendeckendes WLAN, Beamer und interaktive Whiteboards. Jede Schüler*in sollte digitales Endgerät erhalten und schulübergreifende digitale Lernplattformen nutzen können.

Schülermobilität: Die Kommunen sollten dafür sorgen, dass alle Schüler ein kostenfreies Ticket erhalten, unabhängig von der Entfernung zur Schule. Gerade im ländlichen Raum sind Schüler benachteiligt, die weite Wege zu Sportstätten oder Schwimmbädern zurücklegen müssen.

Schulinfrastruktur: Viele Schulen sind baulich veraltet und entsprechen nicht mehr den Anforderungen an modernes Lernen. Es gibt jahrzehntelange Investitionsrückstände, die sich in maroden Toiletten, kaputten Dächern und zu kleinen Räumen zeigen. Zudem sind viele Schulen nicht für den Ganztagsunterricht geeignet, da es an Menschen und Räumen für außerschulische Angebote fehlt.

Ganztagsbetreuung: Ab Januar 2026 gibt es einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern. Um

diesen Anspruch umzusetzen, sind zusätzliche Ressourcen nötig, insbesondere für Fachkräfte, Gruppengrößen und Räumlichkeiten. Die bisherigen Zuweisungen des Landes reichen oft nicht aus, weshalb die Kommunen bisher häufig auf Elternbeiträge angewiesen waren. Angesichts der zu erwartenden höheren Nachfrage müssen die Landeszuweisungen deutlich erhöht werden, um die Qualitätsstandards zu sichern.

Kommunale Azubiwohnheime: Um dem Fachkräftemangel nicht zuletzt im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken, müssen Kommunen mehr und attraktivere Ausbildungsplätze schaffen. Eine zentrale Rolle spielt dabei bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende, insbesondere in städtischen Gebieten mit hohen Mieten. Der DGB setzt sich daher für den Bau von Azubiwohnheimen in den Kommunen ein. Diese sollen günstigen Wohnraum und sozialpädagogische Begleitung sowie Beratung anbieten.

Azubi-Mobilität: Azubis müssen oft weite Strecken zwischen Wohnung, Ausbildungsbetrieb und Berufsschule zurücklegen und sollten daher ein kostenfreies Azubi-Ticket erhalten. Zusätzlich wird ein deutschlandweites Regionalticket für 28 Euro pro Monat gefordert, um die Mobilität weiter zu verbessern.

Konkret: Was ist zu tun?

- Kita-Betreuungsschlüssel, der sicherstellt, dass auf die individuellen Bedarfe der Kinder eingegangen werden kann.
- Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur an allen Schulformen durch Schulträger.
- Die Kommunen sind aufgefordert darauf hinzuwirken, dass allen Schüler*innen unabhängig von ihrem Wohnort ein kostenfreies Hessenticket zur Verfügung gestellt wird.
- Die Kommunen müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und im öffentlichen Dienst so ausreichend ausbilden, sodass auch zukünftig arbeitsfähige und bürgernahe Strukturen in den Kommunen vorgehalten werden können.
- Bau von Azubiwohnheimen in den Kommunen, die kostengünstigen Wohnraum und eine sozialpädagogische Begleitung anbieten



Gute Kommunalpolitik ... sichert die öffentliche Daseinsvorsorge!

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist unverzichtbar: Brand- und Katastrophenschutz, Versorgung mit Wasser, Energie und Wärme, Gesundheitsversorgung und Bildung, Müllabfuhr, Sozialarbeit und Bürgerbüros - das sind nur einige Beispiele für kommunale Daseinsvorsorge. Die Arbeit etwa von Busfahrer*innen, Amtsärzt*innen und Beschäftigten in den Ordnungs- und Bauämtern, aber auch in Kunst-, Kultur- und Jugendeinrichtungen schafft Lebensqualität vor Ort, Teilhabe und Sicherheit für alle.

Dabei stehen die Kommunen unter dem Druck der großen gesellschaftlichen Herausforderungen durch den demographischen Wandel, den Rechtspopulismus, die Klimakrise, die zähe Digitalisierung sowie auch durch die Verkehrs- und Energiewende, die durch die Kommunen flächendeckend organisiert werden muss. Zusätzlich ist die Infrastruktur vielerorts kaputtgespart.

Die Herausforderungen können nur durch viele qualifizierte und engagierte Beschäftigte angegangen werden. Dabei kann die öffentliche Hand die notwendigen Fachkräfte nur mit besseren Arbeits- und Einkommensbedingungen gewinnen und halten.

Auch „freiwillige Aufgaben“ sind unverzichtbar. Wenn Kommunen kaum Geld für Soziales, Jugend oder Kultur haben, trifft das besonders Menschen mit kleinem Geldbeutel.

Die Antwort auf krisenhafte Entwicklungen kann nicht der Rückzug des Staates, sondern muss der Ausbau der Daseinsvorsorge sein – für mehr sozialen Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse. Dafür braucht es Gute Arbeit im öffentlichen Dienst und bei freien Trägern.

Konkret: Was ist zu tun?



- Öffentliche Unternehmen (Versorger, Stadtwerke) müssen gestärkt bzw. gegründet werden, weil diese Schlüsselakteure sind, um eine hochwertige Daseinsvorsorge vor Ort anzubieten. Gleichzeitig tragen sie maßgeblich zu Arbeitsplätzen und Wertschöpfung bei und sind wichtige Partner für Unternehmen und Beschäftigte. Privatisierungen werden abgelehnt. Re-Kommunalisierungen sind voranzutreiben. Qualifizierte Beschäftigte im Forst wirken der Zerstörung des Waldes und der Natur entgegen.
- Der Abbau sozialer und ökologischer Standards unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus muss verhindert werden. Stattdessen muss eine echte Verwaltungsvereinfachung und bürger*innen- und beschäftigtenfreundliche Digitalisierung durchgeführt werden. Dies geht nur mit ausreichend öffentlichem Personal und einer Reduzierung der Arbeitsbelastung.
- Kommunale Arbeitgeber*innen als Vorbild: Kommunen müssen ihre Arbeitgeberattraktivität steigern. Dazu gehören unbefristete, tariflich bezahlte Arbeitsplätze, mehr Mitbestimmung, Fort- und Weiterbildung, bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Flexibilität, moderne Ausstattung und Gesundheitsförderung. Besonderes Augenmerk muss älteren Beschäftigten und Menschen mit Behinderungen gelten.
- Ausbildung in den Kommunen: Kommunen müssen aktiver ausbilden und ihre Auszubildenden unterstützen, auch über den kurzfristigen eigenen Bedarf hinaus.
- Alle Beschäftigten verdienen Anerkennung, sichere Arbeitsverhältnisse und Schutz gegen Angriffe und Gewalt.
- Schluss mit Outsourcing auf Kosten der Beschäftigten und der Qualität. Wenn Kommunen freie Träger mit unverzichtbaren öffentlichen Leistungen, beispielsweise in der Jugend- oder Altenhilfe beauftragen, muss nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes oder einem vergleichbaren Tarifvertrag bezahlt werden.

Gute Kommunalpolitik ... garantiert gute regionale Gesundheitsversorgung!

Vielerorts ist die Gesundheitsversorgung unter Druck. Viele Ärzt*innen gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand – bis 2030 sind 43% der Praxen neu zu besetzen. In Hessen sind derzeit 300 Hausarztstellen nicht besetzt. Krankenhäuser sind finanziell teils in schwierigen Lagen und stehen bei sinkender Auslastung vor der Frage, wie sich die Krankenhausreform auswirken wird. In den Kommunen stellt sich die Frage, wie ambulante und stationäre Versorgung gesichert werden kann.

Viele Kommunen sind selbst Träger von Krankenhäusern und so unmittelbar vom Umbruch im Gesundheitswesen betroffen. Sie können aber auch selbst den Strukturwandel mitgestalten. Im besten Fall kann das kommunale Krankenhaus schlicht weiterbetrieben werden. Aber auch dann stellt sich die Frage, wie es weiter geht, denn der Trend zur ambulanten Behandlung bleibt bestehen. Die Fachkräfte im Gesundheitswesen fehlen schon jetzt auf allen Ebenen.

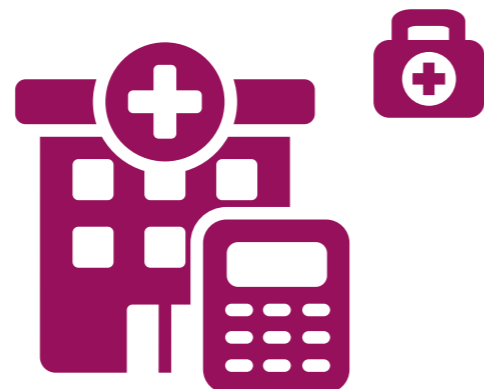
Wir schlagen vor, dass Regionale Gesundheitszentren geschaffen werden. Hier sollen übergreifend medizinische Angebote von der Apotheke über Beratungsstellen, Kurzfristpflege, aber eben auch ärztliche Versorgungsangebote unter einem Dach gebündelt werden. Kommunen, in denen diese Angebote der Daseinsvorsorge nicht verfügbar sind, können selbst aktiv werden. Sei es, indem sie Ärzt*innen selbst anstellen oder Infrastruktur für Praxen bereitstellen. Die Kommunen haben diese Möglichkeiten und sollten sich aktiv vor Ort für die medizinische Versorgung engagieren.

Das kann auch bedeuten, dass dort wo Krankenhäuser schließen, die medizinische Versorgung am gleichen Ort weiter geht. Nicht mehr im Krankenhaus, sondern dann im Regionalen Gesundheitszentrum. Wenn dann sogar die ambulante Versorgung, etwa mit Fachärzt*innen

oder Kurzfristpflege verbessert wird, ist das ein Gewinn. Die Sorgen die sich viele Menschen gerade um „ihr“ Krankenhaus vor Ort machen, sind oftmals berechtigt. Aber gute Kommunalpolitik kann eine gute regionale Gesundheitsversorgung garantieren.

Konkret: Was ist zu tun?

- Gründung gemeinnütziger regionaler Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft und in Kooperation mit Gesetzlichen Krankenkassen. „Private Equity“ in Regionalen Versorgungszentren ist abzulehnen.
- Bestehende kleinere Kliniken, deren Existenzen im Zuge der Klinikreform der Bundesregierung gefährdet sind, sollen als Versorgungszentren weiterbetrieben werden.
- Um Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss Gute Arbeit mit Betriebsräten und Tarifverträgen in den Versorgungszentren Standard sein.



Gute Kommunalpolitik ... sichert Gute Arbeit und stärkt die Tarifbindung!

Erwerbsarbeit ist die Grundlage für ein gutes Leben. Sie liefert das nötige Geld für den Lebensunterhalt, schafft soziale Kontakte, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und ist für die meisten sinnstiftend.

In Deutschland – und das gilt auch für Hessen – hat sich eine zunehmende Ungleichverteilung bei den Einkommen herausgebildet. Zum einen gibt es große Unterschiede zwischen den Landkreisen (siehe Abbildung 1, Seite 12). Zum anderen ist ein Grund dafür die abnehmende Tarifbindung: Liegt Tarifbindung vor, dann muss der einschlägige Tarifvertrag auf das Arbeitsverhältnis der bzw. des jeweiligen Beschäftigten angewendet werden. Einen Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben aber nur Gewerkschaftsmitglieder. Laut einer WSI-Studie verdienten hessische Beschäftigte 2019-2021 in einem nicht-tarifgebundenen Betrieb im Mittel gut acht Prozent weniger als Beschäftigte in einem weitgehend gleichartigen Betrieb, der tarifgebundenen ist (siehe Abbildung 2, Seite 12).

Beschäftigte in tarifgebundenen Unternehmen haben Vorteile, das zeigen die entsprechenden Zahlen für Hessen. So beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 38,6 Stunden in Unternehmen mit Tarifbindung gegenüber 39,5 Stunden in nicht-tarifgebundenen Betrieben. Tarifgebundene Betriebe zahlen gegenüber nicht-tarifgebundenen Betrieben fast 10 Prozent mehr. In letzteren wird auch wöchentlich fast eine Stunde mehr gearbeitet.

Auch von Betriebs- und Personalräten profitieren die Beschäftigten. Sie wachen darüber, dass die Rechte der Arbeitnehmer*innen eingehalten werden, und sie vertreten deren Interessen gegenüber den Arbeitgeber*innen. Betriebe mit einem Betriebs- oder Personalrat zahlen im Schnitt mehr Geld, bieten sicherere Arbeitsplätze,

bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freizeit. Deshalb setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für tarifgebundene Arbeitsplätze und betriebliche Mitbestimmung ein.

Kommunen haben ein Interesse an hochwertiger Beschäftigung und Wertschöpfung. Niedrige Einkommen bedeuten weniger Zufriedenheit, weniger Kaufkraft vor Ort und damit weniger Einkaufs-, Freizeit- und Kulturangebote in den Städten und Gemeinden sowie höhere Sozialausgaben. Schließlich sind Abwanderung und Alterung der Bevölkerung dort am stärksten spürbar, wo am schlechtesten verdient wird und die Menschen keine guten Perspektiven für sich sehen. Deshalb sind eine hohe Tarifbindung und mitbestimmte Unternehmen auch im Sinne der Kommunen.

Konkret: Was ist zu tun?

- Tarifbindung und ein Betriebs- bzw. Personalrat muss für Verwaltungen sowie für öffentliche Unternehmen oder Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung selbstverständlich sein.
- Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten tariflich bezahlen.
- Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung sollten fair hergestellte und gehandelte Produkte bevorzugt werden.
- Neben der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen sollten weitere soziale und/oder ökologische Vergabekriterien angewandt werden, wie zum Beispiel die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, kurze Anfahrtswege und die Verwendung nachhaltiger Rohstoffe.
- Die Einhaltung von Vergabekriterien muss überprüft werden. Bei Verstößen oder fehlenden Nachweisen sind die Verträge zu kündigen und die entsprechenden Unternehmen für die Zukunft von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.



Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt, insgesamt 1/2

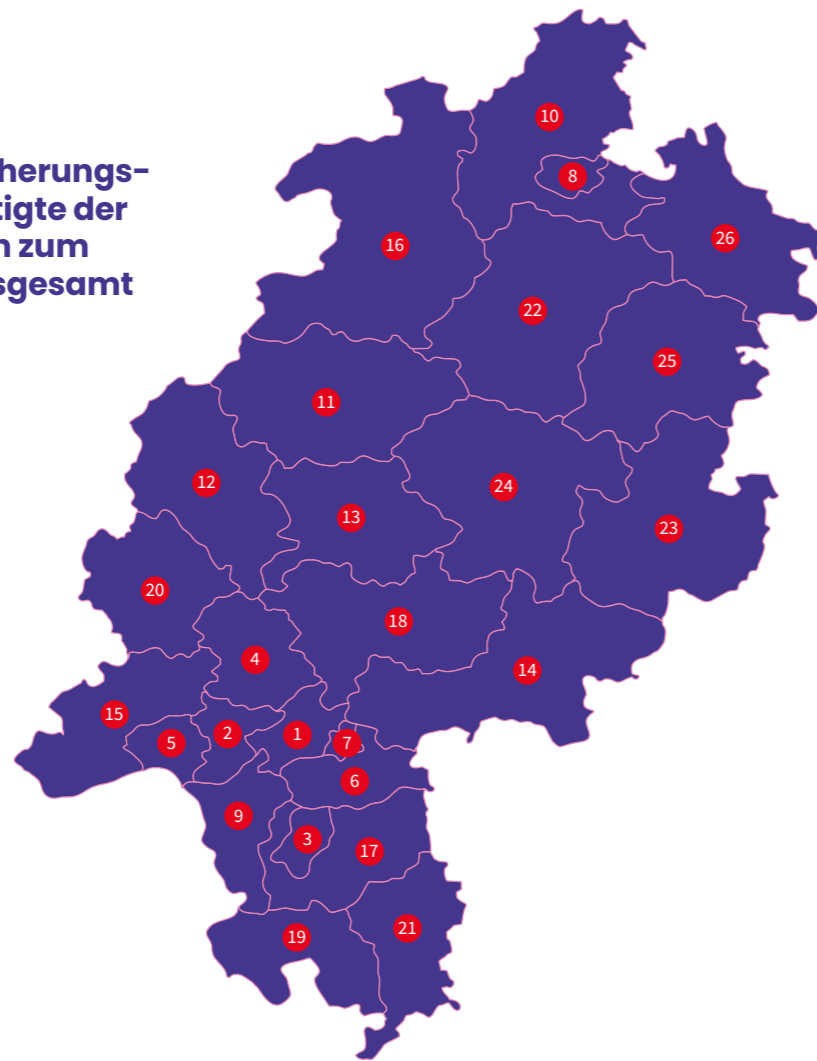
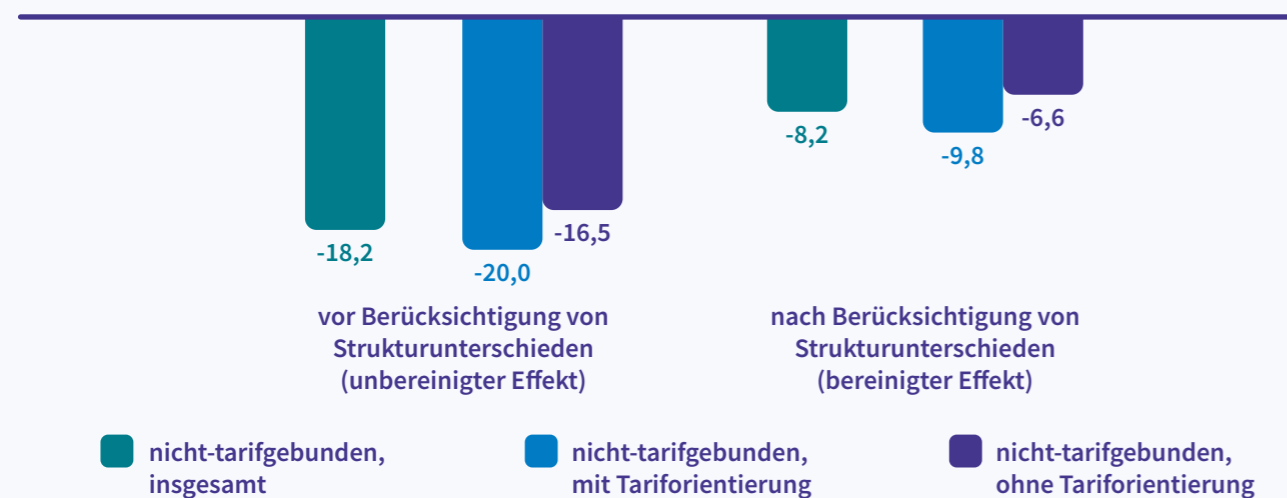


Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt, insgesamt 2/2

Ranking nach Medianentgelt	Region (Arbeitsort)	Median in €
	Hessen	4.087
1	Frankfurt am Main, Stadt	4.962
2	Main-Taunus-Kreis	4.849
3	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	4.803
4	Hochtaunuskreis	4.751
5	Wiesbaden, Landeshauptstadt	4.473
6	Offenbach	4.014
7	Offenbach am Main, Stadt	3.976
8	Kassel, documenta-Stadt	3.960
9	Groß-Gerau	3.908
10	Kassel	3.897
11	Marburg-Biedenkopf	3.852
12	Lahn-Dill-Kreis	3.792
13	Gießen	3.774
14	Main-Kinzig-Kreis	3.716
15	Rheingau-Taunus-Kreis	3.701
16	Waldeck-Frankenberg	3.655
17	Darmstadt-Dieburg	3.649
18	Wetteraukreis	3.640
19	Bergstraße	3.570
20	Limburg-Weilburg	3.521
21	Odenwaldkreis	3.511
22	Schwalm-Eder-Kreis	3.491
23	Fulda	3.481
24	Vogelsbergkreis	3.472
25	Hersfeld-Rotenburg	3.393
26	Werra-Meißner-Kreis	3.340

Abbildung 2: Entgeltrückstand von nicht-tarifgebundenen Betrieben gegenüber tarifgebundenen Betrieben in Hessen (2019–2021), Angaben in Prozent



Anmerkungen: Daten beziehen sich auf die Jahre 2019–2021 (n = 2.259). Klassische Lohnregression; abhängige Variable ist der natürliche Logarithmus des imputierten mittleren Tagesentgeltes (siehe Abbildung 4.3). Unbereinigte Effekte berücksichtigen nur Jahreseffekte (modelliert als Dummy-Variablen für die einzelnen Jahre), bereinigte Effekte zusätzlich die folgenden betrieblichen Strukturmerkmale: Betriebsgröße (Logarithmus der Anzahl der Vollzeitbeschäftigten und 10er Größenklassen); Wirtschaftszweig (19er Branchenklassifikation des IAB); Qualifikationsstruktur der Beschäftigten (Anteil der mittel- und hochqualifizierten Vollzeitbeschäftigten); Stand der technischen Anlagen (Dummy-kodiert). Gewichtet mit dem Beschäftigtengewicht (Querschnittsgewicht). Regressionskoeffizienten wurden nach der Formel $(e^{\beta} - 1) \times 100 =$ prozentualer Effekt rücktransformiert. Alle Koeffizienten sind auf dem 0,001-Niveau signifikant (robuste Standardfehler).

WSI-Study Nr. 35, Tarifverträge und Tariffucht in Hessen, Juli 2023, Hans-Böckler-Stiftung

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Sozialversicherungspflichtige Bruttomonatsentgelte (Jahreszahlen), Nürnberg, Stichtag 31.12.2023

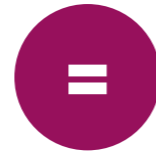
Gute Kommunalpolitik ... braucht starke Gleichstellung!

Als Querschnittsthema ist die Gleichstellung von Frauen und Männern auf der kommunalen Ebene immer noch nicht flächendeckend verankert. Von einer guten Gleichstellungspolitik in der Kommune und in der Verwaltung profitieren alle Menschen. Die bewusste Orientierung der kommunalen Politik auf die Förderung der Gleichberechtigung, der Vielfalt und Diversität in den Kommunen trägt maßgeblich zur Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei.

Die Kommunen müssen den Wandel organisieren und die Bedingungen dafür schaffen, dass Geschlechtergerechtigkeit im Alltag gelebt werden kann. Damit das funktioniert, braucht es eine kommunale Infrastruktur der Daseinsvorsorge, die Familien und Alleinerziehenden die notwendige Unterstützung anbietet und die wirtschaftliche Aktivität von Frauen fördert. Dabei geht es z.B. um wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, bezahlbare Freizeit-, Sport- bzw. Kultureinrichtungen als wesentliche Teile lebenswerter Städte und Gemeinden.

Moderne Gleichstellungspolitik nimmt nicht nur das Individuum in den Blick, sondern auch gesellschaftliche Strukturen, die Entscheidungen und Handlungsspielräume von Menschen prägen und auf diese Weise wesentlichen Einfluss auf die Geschlechterverhältnisse haben. Eine wichtige Funktion hat dabei die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, ihre Funktion ist ernst zu nehmen und zu stärken.

Konkret: Was ist zu tun?



- Durch die Vergabe öffentlicher Aufträge an tarifgebundenen Unternehmen wird der Gender Pay Gap verringert.
- Kommunale Maßnahmen müssen für möglichst viele Personengruppen positive Auswirkungen verzeichnen, Gleichstellungsschecks sollen ein Prüfstandard sein.
- Zum Schutz vor Gewalt an Frauen sind Gewaltschutzkonzepte mit einer flächendeckenden, wohnortnahen Hilfe- und Beratungsstruktur zu entwickeln.
- Für eine geschlechtergerechte Stadtplanung sind Frauen gezielter in die Prozesse z. B. der Stadt-, Verkehrswege- und Parkplatzplanung einzubeziehen,
- Die Repräsentanz von Frauen in Vorgesetzten- und Leitungsfunktionen sowie in der Politik muss gestärkt werden.
- Durch die Benennung von Straßen, Plätzen oder/und Gebäuden nach Frauen sollen ihre Verdienste in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur sowie für das Zusammenleben sichtbar sein und gewürdigt werden.



Gute Kommunalpolitik ... ermöglicht Mobilität – sozial und ökologisch!

Jeder Mensch ist auf Mobilität angewiesen, sei es, um zur Arbeit zu gelangen, einzukaufen, Ärzte zu erreichen oder am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Daher muss Mobilität als elementarer Teil der Daseinsvorsorge für alle zugänglich und bezahlbar angeboten werden.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss für Fahrgäste und Beschäftigte attraktiver werden. Um soziale Teilhabe zu ermöglichen und die Klimaschutzziele zu erreichen, braucht es mehr Barrierefreiheit und eine echte Verkehrswende. Dafür ist eine bessere Verknüpfung von Bus und Bahn mit anderen Verkehrsträgern wie dem Auto, dem Fahrrad und dem Zufußgehen unerlässlich. In dünn besiedelten Gebieten kommen als Ergänzung neue Mobilitätsformen wie z.B. Rufbusse in Betracht. Durch mehr Digitalisierung kann der ÖPNV besser mit anderen Verkehrsträgern verknüpft werden.

Der Fern- und Regionalverkehr muss von jeder Kommune aus in angemessener Zeit erreichbar sein. Gleichzeitig müssen Elektromobilität, eine flächendeckende Ladeinfrastruktur und Sharing-Angebote vorangetrieben werden.

Eine deutlich höhere und dauerhafte Finanzierung ist für den ÖPNV unabdingbar. Notwendig sind mehr Investitionen in die Infrastruktur, in den Betrieb und in das Personal. Das Angebot kann nur ausgeweitet werden, wenn attraktive, tarifgebundene Arbeitsplätze gesichert werden.

Pendler*innen sind Tag für Tag darauf angewiesen, rasch und zuverlässig zur Arbeit zu gelangen. Ein Umstieg auf Bahn, Bus, Fahrrad und Zufußgehen gelingt nur, wenn dieser schnell, zuverlässig und kostengünstig ist. Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass sich Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Konkret: Was ist zu tun?



- Priorität für den Ausbau des ÖPNV, der Rad- und Fußgängerwege („Umweltverbund“) sowie ergänzender Angebote (Elektromobilität, Ladeinfrastruktur, Sharing usw.)
- ÖPNV-Anbindung von Gewerbegebieten und Anpassung der Taktzeiten an die Schichtsysteme.
- Vergabe von Verkehrsdienstleistungen bedeutet auch Verantwortung für den Erhalt und den Ausbau „Guter Arbeit“ im Verkehrssektor.
- Beschäftigte, ihre Vertretungen und Gewerkschaften müssen bereits im Vorfeld der Ausschreibungen beteiligt werden.
- In den Nahverkehrsplänen müssen Vorgaben zu Mindestpersonaleinsatz, Tarifbindung, Ausbildungsquoten sowie Sicherheitskonzepte für Fahrgäste und Beschäftigte verankert werden.
- Verpflichtende Übernahme aller im Verkehrsbereich Beschäftigten bei vergabebedingtem Betreiberwechsel: Fahrpersonal, Auszubildende sowie Beschäftigte in Werkstätten, im Service und im Vertrieb.
- Initiativen für mehr Verkehrsdienstleistungen in öffentlicher Hand und für Direktvergaben an öffentliche Verkehrsunternehmen.
- Kommunale Planung für kurze Wege: Wohnen, Versorgung und Arbeitsplätze zusammen entwickeln.
- Ausweitung von betrieblichem Mobilitätsmanagement und Jobtickets.



Gute Kommunalpolitik ... bietet Langzeitarbeitslosen Chancen!

Im Mai 2025 waren in Hessen rund 203.000 Personen arbeitslos. Besonders schwierig ist die Lage für diejenigen, die schon seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit sind – die so genannten Langzeitarbeitslosen. Davon sind in Hessen 72.730 Menschen betroffen. Generell ist die Chance für Langzeitarbeitslose, wieder in ungeforderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu kommen, im Vergleich zu anderen Arbeitslosen sehr gering. Aus diesem Grund fördert der Bund mit dem »Teilhabechancengesetz« seit dem Jahr 2019 Betriebe, die zuvor Langzeitarbeitslose einstellen. Diese Förderung mit großzügigen Lohnkostenzuschüssen gibt es bis zu fünf Jahre lang.

Aktuelle sind in Hessen weniger als 1.000 Menschen über dieses Instrument in Arbeit – mit sinkender Tendenz. Die Kommunen können hier selbst vorangehen und Menschen bei sich direkt beschäftigen. Tatsächlich gibt es aber im Bereich der kommunalen Dienste ein großes gemeinnütziges Beschäftigungspotential für Langzeitarbeitslose. Deshalb muss eine gute Kommunalpolitik die Langzeitarbeitslosen in den Blick nehmen und Beschäftigungsmöglichkeiten aufbauen.

Konkret: Was ist zu tun?



- Schaffung eines kommunalen sozialen Arbeitsmarkts für Langzeitarbeitslose – mit regulären Arbeitsverträgen und tariflicher Bezahlung
- Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen durch Verwaltungen und kommunale Betriebe. Das ermöglicht die Verbesserung von Umfang und Qualität von kommunalen Dienstleistungen.

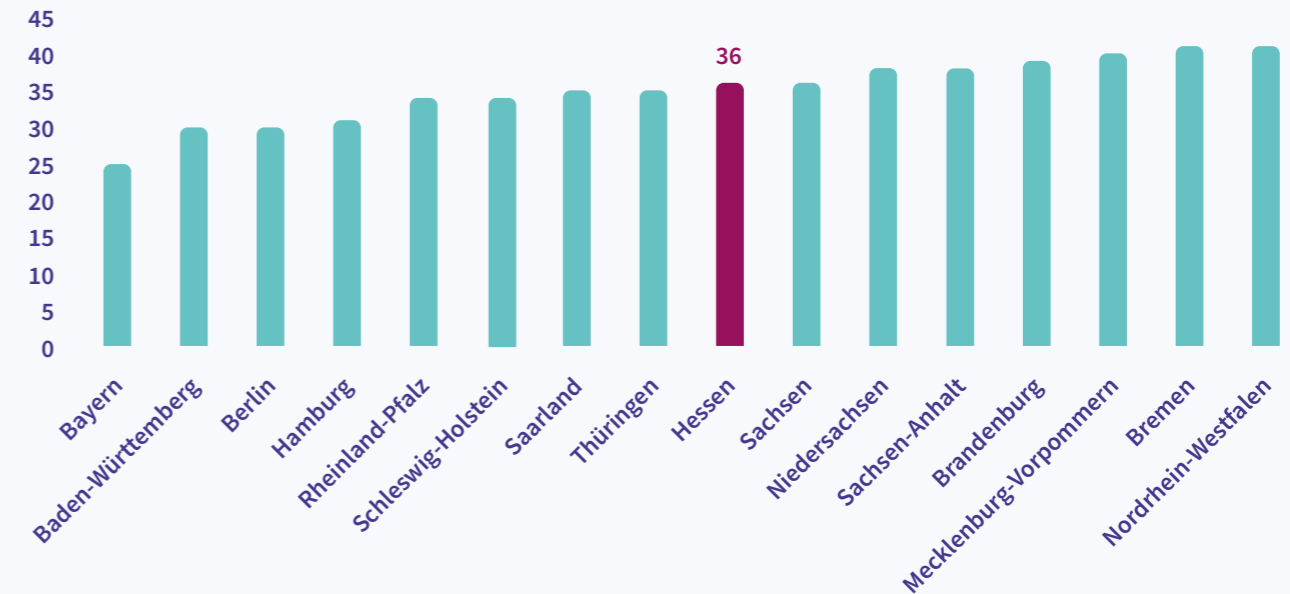


Mai 2025, in Hessen.



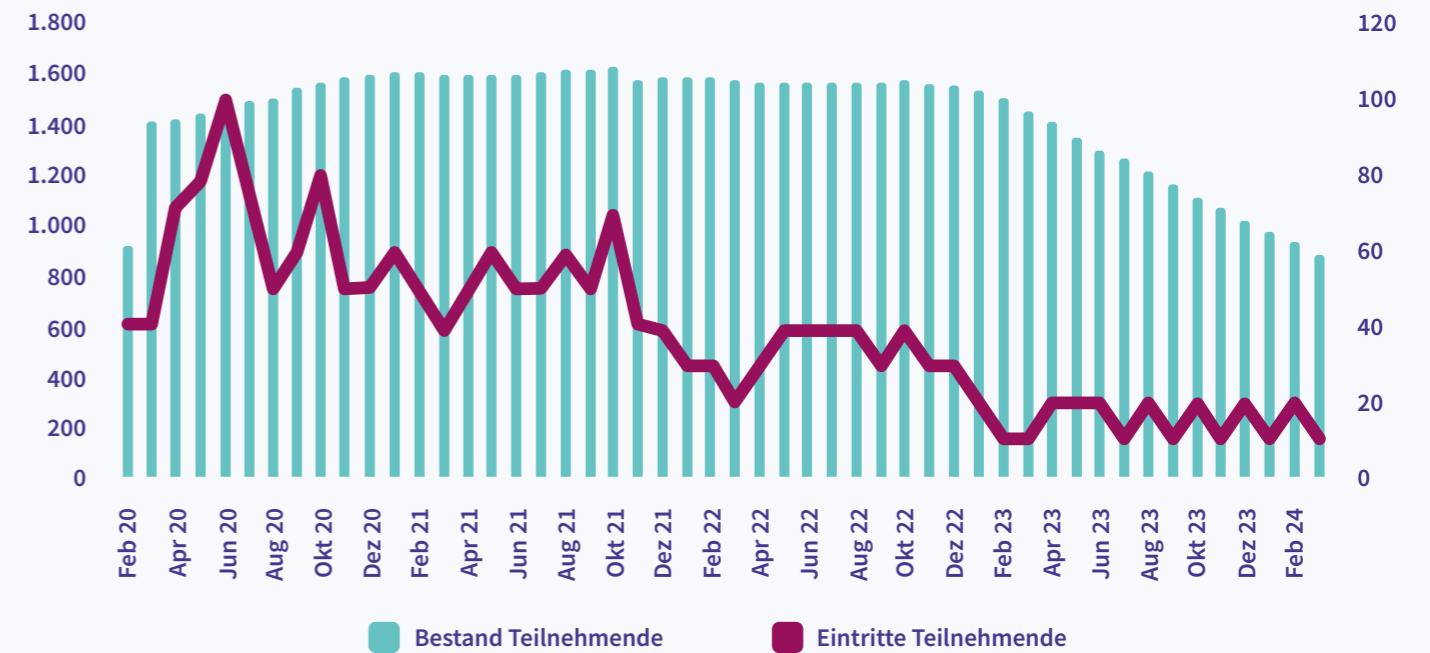
Mai 2025, in Hessen.

Abbildung 3: Anteil Langzeitarbeitslose in %



Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Abbildung 4: TaAM Teilhabe am Arbeitsmarkt



Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

Gute Kommunalpolitik ... fördert eine nachhaltige Wirtschaft!

Wirtschaft und Arbeitswelt stehen vor tiefgreifenden Veränderungen. Der Klimawandel, die Digitalisierung und veränderte globale Rahmenbedingungen stellen Betriebe und Beschäftigte in den Kommunen vor große Herausforderungen.

Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Schon bis 2030 sollen 65 Prozent der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 eingespart werden. Dazu müssen die erneuerbaren Energien in den Bereichen Strom, Wärme, Kälte und Mobilität beschleunigt ausgebaut werden. Hierfür sind ausreichend Flächen bereitzustellen. Gleichzeitig muss die Energieeffizienz gesteigert werden.

Für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation müssen Standorte und Beschäftigung im Sinne der Nachhaltigkeit durch aktive kommunale Wirtschafts- und Strukturpolitik weiterentwickelt werden. Dafür sind massive Investitionen in die Dekarbonisierung und Digitalisierung der Wirtschaft sowie in eine digitale, klimaneutrale und energieeffiziente Infrastruktur erforderlich. Kirchturmdenken hilft dabei nicht weiter. Vielmehr ist eine Abstimmung auch über die Grenzen einzelner Kommunen hinweg erforderlich. Übergeordnetes Ziel der Strukturentwicklungsmaßnahmen muss die Sicherung und Schaffung nachhaltiger Wertschöpfung in Verbindung mit tarifgebundener, guter und mitbestimmter Arbeit sein.



Konkret: Was ist zu tun?

- Die Kommunen sind aufgefordert, eine gezielte Wirtschafts- und Strukturpolitik zu verfolgen. Die Sicherung und Schaffung hochwertiger Beschäftigung und Wertschöpfung muss dabei Priorität haben.
- Für die kommunale Wirtschaftsförderung müssen soziale und ökologische Kriterien gelten: Beschäftigungs- und Standortgarantie, Tarifbindung, Mitbestimmung und Qualifizierung. Dies muss auch für Neuansiedlungen von Unternehmen und Erweiterungen gelten.
- Auch die öffentliche Beschaffung (z.B. Dienstkleidung, PCs, Smartphones) muss durch soziale und ökologische Kriterien fair ausgerichtet werden.
- Die Kommunen sind die zentralen Akteure beim Klimaschutz und der Wärmewende. Ein umfassendes Klimaschutz- und Wärmewendemanagement muss den Kommunen als Pflichtaufgabe übertragen werden. Dafür ist eine ausreichende Finanzierung durch Bund und Land langfristig zu sichern und das Personal dauerhaft zu beschäftigen.
- Die Kommune muss den Ausbau der erneuerbaren Energien (insbes. Windkraft, Photovoltaik) und die energetische Sanierung von Kitas, Schulen, Verwaltungsgebäuden, Sportstätten, Schwimmbädern und Kultureinrichtungen vorantreiben.
- Für den Windkraftausbau müssen ausreichend Flächen sichergestellt werden. Zur Steigerung der Akzeptanz ist es wichtig, dass die Kommunen und Bürger*innen vor Ort an den Windkraftanlagen beteiligt werden.
- Zur Entwicklung zukunftsfähiger Perspektiven für vom Strukturwandel betroffene Regionen sind Transformationsnetzwerke aus regionaler Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unter Beteiligung der Gewerkschaften einzurichten und zu stärken.

Gute Kommunalpolitik ... schafft bezahlbaren Wohnraum!

Bezahlbarer Wohnraum ist in den hessischen Städten und Ballungsräumen knapp. Die Mieten, Immobilien- und Energiepreise sind zuletzt sehr stark angestiegen. Dadurch finden viele Beschäftigte und Auszubildende keinen bezahlbaren Wohnraum mehr in der Nähe ihres Arbeits- oder Ausbildungsplatzes und müssen lange Anfahrtswege in Kauf nehmen.

Ein großes Problem ist der Mangel an bezahlbaren und sozialen Wohnungen. Vor allem Menschen mit geringen Einkommen sind auf Sozialwohnungen angewiesen. Der Sozialwohnungsbestand ist jedoch in den letzten Jahren massiv zurückgegangen. Als Ursachen für die Misere gelten der Rückzug des Staates aus der Wohnungspolitik seit Anfang der 1990er Jahre, die Abschaffung der Gemeinnützigkeit sowie die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und Liegenschaften.

Zwischen Stadt und Land gibt es große Unterschiede. In ländlicheren Gebieten gibt es viele renovierungsbedürftige Ein- und Mehrfamilienhäuser, die einen großen Bedarf an energetischen, altersgerechten und barrierefreien Sanierungen aufweisen. Gerade ältere Menschen sind damit häufig überfordert. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen können die notwendigen Umbauten kaum bezahlen und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Für den DGB steht fest: Der Markt kann die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen. Wohnen ist ein Grundrecht und muss wieder am Gemeinwohl statt an der Rendite ausgerichtet werden. Dafür sind mehr öffentliche Investitionen in bezahlbaren und sozialen Wohnraum sowie mehr Schutz für Mieter*innen notwendig.



Konkret: Was ist zu tun?

- Die Kommunen sind finanziell so auszustatten, dass sie eine aktive Wohnungspolitik betreiben können. Bund und Land müssen hierfür ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen und die Förderbedingungen attraktiv gestalten.
- Stärkung (oder Gründung) öffentlicher, gemeinwohlorientierter und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen. Priorität hat die Schaffung bezahlbarer und sozialer Wohnungen.
- Es darf keine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und Liegenschaften geben. Stattdessen: Rekommunalisierung von Wohnraum.
- Mehr bezahlbarer Wohnraum für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen. Barrierefreiheit, altersgerechte, gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen müssen vorangetrieben werden.
- Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende, durch den Bau von Azubiwohnheimen (siehe oben Kapitel „Gute Kommunalpolitik... garantiert gute Bildung!“)
- Mehr energetische Gebäudesanierung – sozialverträglich und wärmemietenneutral. Keinesfalls dürfen Mieter*innen verdrängt werden.
- Öffentliche Grundstücke müssen vorzugsweise an öffentliche, gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen vergeben werden. Die Vergabe darf nur auf Erbpachtbasis und nach Konzept erfolgen. Dabei muss die Schaffung von sozialen, bezahlbaren, barrierefreien und altersgerechten Wohnungen vorgeschrieben werden. Bei Bauvorhaben sollte die Schaffung von mindestens einem Drittel Sozialwohnungen verpflichtend sein.
- Private Investoren sind durch städtebauliche Verträge an den Kosten der Baulandmobilisierung zu beteiligen.
- Stärkung der Bau- und Planungsämter zur Beschleunigung des Wohnungsbaus.



Gute Kommunalpolitik ... heißt Menschen aus aller Welt willkommen!

Gewerkschaften stehen für Solidarität. Egal, woher jemand kommt, welche ethnische oder kulturelle Identität jemand besitzt oder welche Sprache jemand spricht.

Jeder Mensch ist uns willkommen. Migration und Einwanderung gehören zu unserer Gesellschaft. Das gilt es anzuerkennen. Dazu braucht es aber nicht nur den Einzelnen, sondern die Gesellschaft muss sich gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund öffnen. Viele Probleme werden auf das Thema Migration und Integration projiziert, doch Migration ist nicht das Problem, sondern stellt einen Teil der Lösung für die demografische Entwicklung und den damit verbundenen Fach- und Arbeitskräftebedarf dar.

Die Teilhabe am Arbeitsleben ist ein Integrationsmotor und gelungene Integration ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor. Denn wer arbeitet, lernt besser die Sprache, bereits erworbenen Qualifikationen, sammelt neue Arbeitserfahrungen und trägt zum Erfolg von Unternehmen bei. Dafür braucht es aber eine echte und umfassende Willkommenskultur, auf der betrieblichen und der kommunalen Ebene. Die Hessischen Kommunen können für tatsächliche Integration viel leisten und gleichzeitig die soziale Spaltung zwischen Menschen deutscher Herkunft und Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte bekämpfen. Dazu bedarf es einiger Anstrengungen und Anpassung an die gesellschaftlichen Realitäten. Allen voran ist eine gute Finanzausstattung der Kommunen erforderlich und auch eine Refinanzierung von zusätzlichen Kosten.



Konkret: Was ist zu tun?

- Echte und umfassende Willkommenskultur, auch auf betrieblicher Ebene. Zugewanderte sind keine Beschäftigten zweiter Klasse. Erfolgreich ist Integration in gute Arbeit, statt in schlecht bezahlte Dumping-jobs. Davon profitieren alle Beschäftigten! Kommunen müssen rechtswidrige Praktiken aufdecken und vor ausbeuterischen Verhältnissen schützen.
- Kurzfristig: Umbau der lokalen Ausländerbehörden zu „Willkommensbehörden“, die Integration ermöglichen, statt zu verhindern. Personelle Stärkung, um Anerkennungsverfahren bei Einreise sowie die Erteilung von Beschäftigungs- und Aufenthaltserlaubnissen zu beschleunigen. Ermessensspielräume bei Beschäftigungserlaubnissen müssen ausgeschöpft werden.
- Mittelfristig: Umbau zu „Migrationsagenturen“, die alle kommunalen Behörden unter einem Dach vereinen mit denen Nicht-Deutsche oft zu tun haben. In Frankfurt gibt es das Welcomecenter Hessen, als zentrale Anlauf-, Service- und Beratungsstelle für internationale Fachkräfte und Unternehmen in Hessen. Ähnliche Service- und Beratungsstellen sollten in allen hessischen Landkreisen eingerichtet werden.
- Leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifizierungsnachweisen. Anerkennung und einfachere Berücksichtigung non-formaler Qualifikationen.
- Menschen die eigenständig Anerkennungsverfahren initiieren, müssen durch den Ausbau eines Anerkennungszuschusses gefördert werden, z.B. durch Hilfe bei weiteren Qualifikationen, Beschaffung von Qualifikationszertifikaten, (berufsbezogene) Sprachkurse.
- Unbürokratischer Zugang zu kostenfreien, allgemeinen und berufsspezifischen Sprachkursen. Die Bildungsträger müssen so ausgestattet sein, dass Kurse flächendeckend und ohne lange Wartezeiten angeboten werden.
- Massiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, sodass keine Konkurrenz zwischen einkommensschwachen Menschen entsteht. Dezentrale Unterbringung im Asylverfahren, um eine bessere Integration zu ermöglichen. Berücksichtigung besonderen Schutzbedarfe, z.B. von Minderjährigen, geschlechtsspezifisch verfolgten (inklusive queere Perspektiven) oder traumatisierten Menschen.
- Weiterführung der Ausbildungsduldung (3 Jahre Ausbildung & danach 2 Jahre Beschäftigung).
- Verzahnung der Ausländerbehörden mit der regionalen Arbeitsmarktpolitik.

Gute Kommunalpolitik ... verankert Mitbestimmung und Demokratie vor Ort!

In den Kommunen wird über die grundlegenden Belange der Einwohner*innen entschieden. Dies geschieht oft ohne direkte Beteiligung der Betroffenen. Anschließend wird dann emotional und aufgeheizt über getroffene Entscheidungen diskutiert. Stattdessen müssen die Menschen vor Ort frühzeitig mitgenommen, beteiligt und umfassend informiert werden. Kommunalpolitik sollte Demokratie persönlich erfahrbar und nachvollziehbar sein sowie zum Mitgestalten einladen. Dann haben auch Populismus und Politikverdrossenheit weniger Chancen.

Kommunalpolitisch Verantwortliche sind in der Pflicht, sich jeglicher Diskriminierung und Hass entgegenzustellen sowie unsere demokratische Gesellschaft zu stärken. Rassistische, sexistische, antisemitische, sozialdarwinistische, queerfeindliche und weitere menschenfeindliche Angriffe und Äußerungen sind klar zurückzuweisen.

Kommunalpolitiker*innen müssen sich dafür über faschistische Akteure informieren, eigene Positionen reflektieren, Hetze widersprechen und nach dem Credo »Keine Toleranz den Intoleranten« die Regeln unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft durchsetzen.

Dabei können ihnen kompetente Partner*innen aus Verbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft in Bündnissen und mit Beratung zur Seite stehen.



Konkret: Was ist zu tun?

- Transparenz kommunaler Entscheidungen und Bürger*innenbeteiligung stärken, den Zugang zu Unterlagen von Behörden (bspw. durch Online-Zugang) verbessern.
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements, Öffnung für Vertreter*innen von Verbänden und Organisationen sowie frühzeitige Einbindung der Menschen in den Kommunen.
- Strukturelle Einbindung von Vertreter*innen besonderer Communities (queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Jugend und Senior*innen, Menschen mit Behinderungen etc.) als Sachkundige Bürger*innen, in Bürgerforen oder in Beiräten
- Klare Kante gegen AfD und die extreme Rechte!
 - In den kommunalen Gremien: Durch gemeinsame Erklärungen den demokratischen Konsens deutlich machen. Rechten Parteivertreter*innen niemals eine Bühne bieten! Eigene Themen mit Mehrheiten der demokratischen Parteien umsetzen. Durch Geschäftsordnungen rechter Propaganda und Hetze klare Grenzen setzen, Normalisierungseffekten (z. B. durch gemeinsame Anträge) verhindern. Verstetigung der lokalen Aktionspläne und aktive Unterstützung der Bürgerbündnisse gegen Rechts.
 - In den Parteien: Fortbildungen nutzen und parteiübergreifende Bündnisarbeit mit der Zivilgesellschaft fördern. Selbstverpflichtung der Parteien und Fraktionen zur Mitarbeit in und Unterstützung von Einrichtungen, Initiativen und Netzwerken zur Bekämpfung von rechten und rechtsextremen Organisationen.
 - In der Öffentlichkeit: Über menschenfeindliche Politik aufklären, eigene Ablehnung nachvollziehbar und transparent machen. Förderung/Initiierung von Demokratiebildung. Unterstützung von präventiven Maßnahmen gegen menschenfeindliche Aktivitäten und Tendenzen im schulischen und außerschulischen Bereich. Keine Nutzung kommunaler Räume durch Faschisten.

Impressum

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77

60329 Frankfurt/Main

www.hessen-thueringen.dgb.de

Verantwortlich: Michael Rudolph

Redaktion: Alexandre da Silva, Anja Peschke

Texte: Anna-Maria Boulnois, Charlotte Rosa Dick, Liv Dizinger, Gregor Gallner, Tobias Huth,
Julia Langhammer, Michael Rudolph, Sascha Schmidt, Renate Sternatz, Alexandre da Silva,
Stefan Würzbach

Gestaltung: part | www.part.berlin

September 2025

